

regeln für Abgeordnete sollten auch im Landtag praktiziert werden. Die genauen Angaben über Beruf und Arbeitgeber sowie über entgeltliche Tätigkeit in Aufsichtsräten, Vorständen, Verwaltungsräten oder sonstigen Organen von Gesellschaften, Genossenschaften oder in anderen Rechtsformen betriebenen Unternehmen, bzw. bei beratenden Berufen die Art der Beratung, sollten im Landtagshandbuch veröffentlicht werden.

Darüber hinaus sollten dem Landtagspräsidium alle weiteren Einkünfte bekanntgegeben werden, soweit sie eine bestimmte, vom Präsidium oder dem Ältestenrat jährlich festzusetzende Grenze überschreiten. Im Interesse einer weitgehenden Transparenz hielte ich es für wünschenswert, wenn diese Angaben nicht geheimgehalten würden, sondern auf Anfrage auch interessierten Bürgern zugänglich gemacht würden.

Wieweit sich solche Vorstellungen im Landtag durchsetzen lassen werden, ist offen. In keinem Fall aber darf der Landtag von Nordrhein-Westfalen seine Entscheidung von den Beschlüssen anderer Landtage abhängig machen. Wir Abgeordneten des Landes Nordrhein-Westfalen sind unseren Wählern verantwortlich und werden eine Lösung für unser Land suchen müssen.

### F.D.P.: Für erhöhte Transparenz

Der Abgeordnete Koch nimmt dazu wie folgt Stellung:

Das Problem der Verquickung von Politik und Wirtschaft ist sicherlich älter als die parlamentarische Demokratie. Seine Lösung ist aber gerade für ein demokratisches System von dringender Notwendigkeit, denn es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der politischen Glaubwürdigkeit eines einzelnen Abgeordneten und der Demokratie allgemein. Korruption in der Politik ist nicht immer erkennbar und meßbar, und so ist der Vorwurf nicht unberechtigt, die Zusammenhänge zwischen der persönlichen und wirtschaftlichen Verbindungen eines Abgeordneten zu seinen parlamentarischen Aktivitäten seien zu undurchsichtig.

Nun haben aber die in der Vergangenheit bekanntgewordenen Fälle von Beraterverträgen bewiesen, daß es eine Patentlösung nicht gibt. Radikale Regelungen kämen einem Berufsverbot für Vertreter bestimmter Berufsschichten gleich und sind letztlich nicht durchführbar. Allgemein gehaltene Regelungen dagegen würden Umgehungsmöglichkeiten schaffen und somit unwirksam sein. Zu allererst ist es also eine Frage der persönlichen Integrität des Abgeordneten, welche Abhängigkeitsverhältnisse er als vereinbar mit seiner parlamentarischen Tätigkeit und seinem Wählerauftrag ansieht. Parlamentarische Regelungen können ohnehin nur die wirtschaftlichen, nicht aber die sonstigen Abhängigkeiten von Abgeordneten erfassen.

Wirtschaftliche Interessenbindungen von Abgeordneten sollten auch in den deutschen Länderparlamenten sichtbar gemacht werden. Die vom Bundestag kürzlich beschlossene „Ehrenordnung“ kann dabei Vorbild für die Landtage sein. Die letzte Entscheidung darüber, wer als würdig befunden wird, das Volk in einem Parlament zu vertreten, liegt dann bei den politischen Parteien und dem Wähler selbst.

## Porträt der Woche



Dr. Dieter Haak (SPD)

*Wenn er Urlaub macht mit seiner Frau und den drei Söhnen, fährt er – zum Campen – ganz bewußt nicht an die Adria, sondern an Ost- oder Nordsee. „Weil es gesünder ist.“ Hieraus zu schließen, daß Dieter Haak ein Gesundheitsapostel sei, wäre verkehrt. Hinter seiner Begründung steckt bloß nüchternes, emotionsloses Abwägen. Als Mitglied des Planungsstabes der Staatskanzlei des Ministerpräsidenten hat er sich in dieser eher puritanischen Tugend von 1968 bis 1970 ausgiebig üben können, galt es doch, das „Nordrhein-Westfalen-Programm 75“ als konkrete, durchgerechnete, also machbare Planung der Landesentwicklung für fünf Jahre zu entwerfen. Da brauchte es weniger großgebärdige Visionen als arbeitsintensive Detailüberlegungen.*

*Dazu paßt, daß Haak auch im Plenum des Landtages, dem er seit 1970 angehört, nicht durch barocke Sprachgewalt oder durch Kuriositäten Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen versucht hat. Pragmatisch, nüchtern und redlich wären angemessene Charakterisierungen für seine Redeauftritte.*

*Der Vorwurf „Technokrat“ läßt sich daraus indessen nicht ableiten. Denn Haak, der sich als (evangelischer) „Christ und Sozialist“ versteht und sich selbst „etwas links von der Mitte“ innerhalb seiner Partei einordnet, hat zwar das Realisierbare in der Rede, dabei aber ein Programm im Kopf, nämlich das Godesberger der SPD: „Es ist noch heute eine gute Basis, es müßte nur öfter gelesen werden.“*

*Mit so prominenten Jungsozialisten wie Karsten D. Voigt und Wolfgang Roth ist der Bergmannssohn und Noch-Juso Haak in wichtigen Teilbereichen auf einer Linie. Beispielsweise was die Einsicht angeht, daß ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft nicht durchsetzbar ist, ohne an dieser Gesellschaft einiges grundlegend anders zu organisieren. Um daran mitwirken zu können, hat der promovierte*

*Jurist Angebote, in eine Rechtsanwaltspraxis einzusteigen, fürs erste ausgeschlagen und ist in die praktische Politik gegangen. Den Praxisbezug, der ihm wichtig ist, stellt das Mandat im Hagener Stadtrat her, das er seit 1969 innehat. Daß Haak sich innerhalb seiner Landtagsfraktion rasch von der Hinterbank weg profilieren konnte, zeigt die Tatsache an, daß ihm als Neuling bereits nach zwei Jahren Landtagsmitgliedschaft der Sprung in den Fraktionsvorstand gelang. Dabei hatte er, der jetzt mit Abstand der jüngste in diesem Gremium, „nur mal Fahne zeigen wollen, um 1975 gewählt zu werden“.*

*Schwerpunkte seiner Tätigkeit in seiner Fraktion sind die Landesplanung und die Bildungspolitik. Daß ihm dabei über notwendig zu schaffende Quantitäten nicht der Blick für die darauf fußenden, eigentlich wichtigen Qualitäten verloren geht, macht eine Bemerkung deutlich: „Kapazitäten schaffen im Hochschulbereich“ sei eine Sache; entscheidend sei jedoch die inhaltliche Hochschulreform, die aber nicht bloß unter dem Gesichtspunkt der Effizienz betrieben werden dürfe: „Bildungspolitik ist Gesellschaftspolitik“, also ein Mittel zur Schaffung einer größeren sozialen Gerechtigkeit, meint Haak.*

*Natürlich ist Bildungspolitik auch strukturpolitik relevant. Ex-Landesentwicklungshelfer Haak kämpft deshalb für die langfristige Errichtung einer Gesamthochschule im märkischen Raum, um die bestehenden Hochschuleinrichtungen in der von Strukturkrisen geschüttelten Region Hagen zu erhalten.*

Hartwig Suhrbier